

# Platz abbeck

Nr. 6, Juni 2002

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

## ■ Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,  
Das Kölner Amtsgericht hat gegen den langjährigen SPD-Fraktionschef Norbert Rüter Untersuchungshaft angeordnet. Es besteht der dringende Tatverdacht, dass Norbert Rüter Schmiergelder in Millionenhöhe im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage angenommen hat. Einer der einflussreichsten Politiker in Köln soll demnach korrupt sein. Mit ihm sind der Entsorgungsunternehmer Trienekens und der dubiose Unternehmensberater Wienand ebenfalls verhaftet worden. Lange Zeit hat der brave Bürger noch geglaubt, die Politiker würden Gemeinwohlinteressen vertreten. Nunmehr bestehen hinreichende Verdachtsmomente, dass das Kapital und die Politiker Hand- in – Hand zum Nachteil der Bürger in ihre eigene Tasche gewirtschaftet haben.

OB Schramma versucht nunmehr, das korrupte und marode Klüngelsystem zu „reformieren“, indem er einen „Ehrenkodex“, überwacht durch einen „Ehrenrat“, ins Leben rufen will. Im Ehrenkodex soll niedergeschrieben werden, woran sich jedes Ratsmitglied aufgrund der Gemeindeordnung sowieso halten soll. Mit dem Ehrenrat wollen sich Politik und Wirtschaft selber kontrollieren! Jeder kann sich denken, was dabei rauskommt. Die PDS/Offene Liste fordert, die Zahl der Aufsichtsratsposten zu begrenzen. Zudem bedarf es größerer Transparenz bei der Ausschreibung von Projekten!

Mehr Glaubwürdigkeit und Transparenz fordert die PDS/Offene Liste auch in der Flüchtlingspolitik. Lange Zeit heuchelte die CDU/FDP-Ratsmehrheit, die Anmietung von Containern zur Unterbringung von Flüchtlingen auf dem ehemaligen CFK-Gelände sei nur deshalb erforderlich, weil nicht genügend Wohneinheiten zur Verfügung ständen. Inzwischen steht fest, dass Wohneinheiten nicht genutzt werden, z.B. 100 Wohnungen in der Uracher Straße. Es bleibt abzuwarten, welchen Vorwand die CDU/FDP-Mehrheit sich nunmehr einfallen lässt, um das Containerlager in Kalk aufrecht zu erhalten, statt alle anderen Möglichkeiten einer dezentralen Unterbringung zu prüfen und umzusetzen. *Eure Sengül Senol*

## Wie hält es die Kölner CDU mit der christlichen Nächstenliebe?



ARBEITER  
FOTOGRAFIE  
Info: www.arbeiterfotografie.com

„Es kann nicht gut gehen, Menschen, die hier sind, zur Abschreckung zu benutzen.“

Diese Aussage machte der CDU-Fraktionsvorsitzende nach einer Besichtigung des Kölner Containerlagers in Kalk. Und da Rolf Bietmann auch der Bundestagskandidat der Kölner CDU in Ehrenfeld, Nippes und Chorweiler ist – wo der Migrantenanteil sehr hoch ist – wird er sich schon überlegt haben, wie er sich zu diesem Thema positioniert. Auch wenn die Kölner CDU immer betont, ihre Wurzeln bei Konrad Adenauer zu haben, sollten wir in diesem Fall das geflügelte Wort „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“ nicht unterstellen. Denn CDU-Bietmann sagte auch am 8. Juni dem Kölner Stadt-Anzeiger – zur Verwunderung der zahlreichen Gegner der CDU-Abschreckungspolitik – „Ein Leben wie in dem Container-Lager in Kalk macht die Menschen auf Dauer krank“.

Wenn Bietmann meint, eine befristete Unterbringung von drei bis sechs Monaten sei möglich, heißt dies in der Konsequenz, dass die Flüchtlinge anders untergebracht werden müssen, denn sie leben inzwischen schon neun Monate im Containerlager.

Auch wenn Teile der CDU-Ratsspitze vom „großen Missverständnis“ sprechen, sind Bietmanns Aussagen in ganz unterschiedlichen Medien gebracht worden. Die CDU hat nicht dementiert.

Gehen wir doch mal von einer positiven Wende aus, die man jetzt praktisch umsetzen muss. Deshalb hat die PDS-Offene Liste, aber auch die Grünen, einen eigenen Antrag auf Schließung der Containerlager gestellt.

1. Wenn das Containerlager krank macht, und das scheint inzwischen Mehrheitsmeinung im Rat zu sein, muss schnell eine Abhilfe gefunden werden. Und deshalb müssen die 220 Flüchtlinge anders untergebracht werden.

Dazu hat die PDS in ihrem Antrag den Vorschlag gemacht, auch städtische und Landesunternehmen einzuschalten. Die Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer hat dazu im Bundestag eine „Kleine Anfrage“ zu den Liegenschaften des Bundesvermögensamtes in Köln eingebracht.

2. Die Kosten des Containerlagers sind enorm: Die Anmietung der Container ist teuer. Das Rote Kreuz beschäftigt dort 33 Mitarbeiter.

Das sind alles in allem 840 Euro pro Flüchtling. Wenn wir von einer Familie mit vier Personen ausgehen, stehen 3360 Euro zu Buche. Das Containerlager macht krank und ist teuer. Es kann nicht sein, dass man für dieses Geld keine deutlich bessere Unterkunft findet. Und rechnet man die Kosten für die Sammelverpflegung dazu, kommt man auf 1.150 Euro pro Person, bei einer vierköpfigen Familie sind das dann 4.600 Euro.



# Umsteuern für soziale Gerechtigkeit und Bildung!

Gemeinsam mit dem Landesverband der PDS in NRW unterstütze ich die Streiks und Aktionen der Studentinnen und Studenten in NRW gegen die Einführung von Studiengebühren.

Studiengebühren errichten neue soziale Schranken. Die SPD in NRW verschärft damit die soziale Auslese im Bildungswesen, obwohl die PISA-Studie die Verfestigung sozialer Schranken als eines der Grundübel im deutschen Bildungswesen diagnostiziert hat.

Es ist zynisch und das genaue Gegenteil einer sozial gerechten und zukunftsfähigen Politik, wenn in NRW die Studierenden mit 90 Millionen Euro zur Kasse gebeten werden, um die von der Unternehmenssteuerreform gerissenen Löcher im Landeshaushalt zu stopfen. Allein im Jahre 2001 musste NRW 1,7 Milliarden Euro an Körperschaftsteuer an Konzerne zurückerzahlen.

Die Bundesregierung hat durch ihre Steuerpolitik den Staat systematisch verarmen lassen. Sie hat die Gewinne der Konzerne und private Vermögen aus der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben entlassen. Umsteuern für soziale Gerechtigkeit und Bildung tut Not, da sich nur



Reiche einen armen Staat leisten können. Um die finanziellen Spielräume für öffentliche Zukunftsinvestitionen in Bildung, kommunale Infrastruktur und aktive Beschäftigungspolitik zu schaffen, brauchen

wir die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Sicherung einer leistungsgerechten Besteuerung von Unternehmensgewinnen.

Ulla Lötzer, MdB

Fortsetzung von Seite 1

3. Warum sollen die Flüchtlinge nicht ihr Essen selber kochen? Selbstverständlich macht das „Nichtstun“ im Containerlager ebenfalls krank. Wenn das Containerlager geschlossen wird und dezentrale Einrichtungen geschaffen werden für 50 oder max. 80 Personen, wie der Katholikenausschuss fordert, dann macht die Sammelverpflegung auch keinen Sinn mehr, weil die Kosten noch höher werden.

4. Im Containerlager sind Roma untergebracht, die schon seit zwölf Jahren in Köln in Gemeinschaftsunterkünften leben. Für diese Leute müssen andere Möglichkeiten geschaffen werden.

5. Die Verwaltung will in diesem Jahr insgesamt 800 Flüchtlinge nach Ex-Jugoslawien abschieben. Sie will im zweiten Halbjahr diesen Jahres die Abschiebezahlen steigern. Diese Zielvorgaben sind unwürdig. Die Innenministerkonferenz hat am 6. Juni beschlossen, dass Abschiebungen nur in Absprache mit der UN-Verwaltung für den Kosovo (UNMIK) durchgeführt werden sollen. Dieses Gremium, aber auch die UNHCR und die OSCE, lehnen eine zwangsweise Rückführung für absehbare Zeit strikt ab.

Am 14. Juni war in einer Presseerklärung zu lesen: „Der Katholikenausschuss geht nun davon aus, dass das Abschreckungskonzept nicht weiter verfolgt wird.“ Die CDU sollte ihre Klientel nicht enttäuschen.

Jörg Detjen

## PDS fordert Unterzeichnung der Erklärung von Barcelona für behinderte Menschen

In der letzten Sozialausschuss-Sitzung brachte Ratsmitglied Sengül Senol für die PDS-Offenen Liste eine Anfrage zur „Erklärung von Barcelona“ ein. Danach hat die Kommune eine Verpflichtung, die nötigen Mittel und Ressourcen für Chancengleichheit, Wohlstand und Mitbestimmung aller ihrer Bürgerinnen und Bürger bereits zustellen. Die Unterzeichner-Städte haben sich dazu verpflichtet, gemeinsame Kommunikationsnetze aufzubauen, um die Gleichbehandlung ihrer behinderten Mitbürger zu fördern. Die Stadt Köln hat diese Erklärung bisher nicht unterzeichnet. Die Betreuung von Behinderten ist hier in erster Linie Sache der freien Wohlfahrtsverbände. Bei der Stadt Köln existiert lediglich ein sogenannter Behindertenarbeitskreis, in dem zusammen mit den Ratsfraktionen, den Wohlfahrtsverbänden und verschiedenen städtischen Stellen behindertenrelevante Themen zusammengetragen und behandelt werden. Die Probleme der behinderten Menschen in Köln sind nach wie vor groß. Die Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten liegt bei unter vier Prozent. Die Stadtverwaltung räumt selbst ein, dass es im Bereich des betreuten Wohnens noch erheblichen Bedarf gibt. Die PDS-Offene Liste fordert

daher, dass auch die Stadt Köln die Erklärung von Barcelona unterzeichnet und umsetzt. Zudem muss die Stadt Köln die Beschäftigungschancen der behinderten Menschen verbessern helfen und ihr finanzielles Engagement im Bereich betreutes Wohnen erhöhen.

## Hohe Fluktuation im Amt für Soziales und Senioren

Eine Anfrage der PDS-Offenen Liste im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) ergab, dass die Fluktuation bei den Bezirkssozialämtern sehr hoch ist. Anscheinend sind viele Beschäftigte total überfordert. In der Antwort der Verwaltung heißt es u.a.: „In der Zeit vom Juli 2000 bis Juli 2001 waren bei einem Bestand von durchschnittlich 265 Beschäftigten der „sicheren Hilfe“ der Bezirkssozialämter rund 50 Personalwechsel zu verzeichnen.“

## PDS spendet für Flüchtlinge

Die PDS Offene Liste und PDS Kreisverband spendeten 300 Euro für die 500 Roma-Flüchtlinge die derzeit mit öffentlichen Protestaktionen in Köln für ein Bleiberecht kämpfen. Die Roma kommen aus Essen und waren auch schon einige Tage in Berlin.

## ■ Nippes

**250 Menschen demonstrieren für ihr Bürgerzentrum**

Das Nippeser Bürgerzentrum ist, neben anderen, bis heute in städtischer Hand, andere Bürgerzentren sind in freier Trägerschaft, so zum Beispiel das Ehrenfelder Bürgerzentrum. Im April diesen Jahres hat der Rat der Stadt Köln beschlossen zu überprüfen, wie effektiv die städtischen Bürgerzentren im Vergleich zu den freien Zentren arbeiten. Bezüglich des Nippeser Zentrums sind, ohne eine Prüfung abzuwarten, Verhandlungen mit einem freien Träger aufgenommen worden. Es handelt sich bei diesem Träger um ZUG UM ZUG. Dieser Träger unterhält in Nippes mehrere Einrichtungen. Seinen Schwerpunkt hat ZUG UM ZUG bislang in der Jugendberufshilfe. Der Verein bildet aus, hilft jungen Menschen im Berufsleben Fuß zu fassen, betreibt Handwerks-, Gastronomie-, Unterhaltungsbetriebe und Jobbörsen.

Die Nutzer und Angestellten des Bürgerzentrums sind sauer, weil von Seiten der Verwaltung keine Gespräche bezüglich der Verhandlungen mit den Betroffenen, auch nicht mit dem Bürgerzentrumsbeirat geführt worden sind. Folgerichtig haben diese Gruppen zu einer Demonstration aufgerufen und eine Podiumsdiskussion mit den Verantwortlichen organisiert. So zogen letzten Samstag ca. 250 Menschen durch Nippes, um für den Erhalt ihres städtischen Zentrums und für eine transparente Politik zu demonstrieren. Eine Bunte Demo mit Einlagen von Chören und Jongleuren, die im Bürgerzentrum proben.

Weniger erfreulich die nachfolgende Podiumsdiskussion: Auf der Bühne saßen: Bietmann (CDU), Kluth (SPD), Helling (Grüne), Pachel (Moderator), Spiekermann (Kulturbeauftragter), Schwendy (Stadtverwaltung) und Steinforth (Bürgerzentrumsbeirat). Völlig vorhersehbar lieferten die Diskutanten folgende Statements ab: Bietmann: Die CDU wird dafür sorgen, dass das Bürgerzentrum ein gutes und so-

ziales Bürgerzentrum bleibt. Helling: Man kann nicht sagen, dass ein Bürgerzentrum in freier Trägerschaft schlechter ist als eines in städtischer Trägerschaft, alle anderen schlossen sich Helling mehr oder weniger an. Schwendy versprach dann noch die versäumte Beteiligung des Beirates, der Bezirksvertretung und der Nutzergruppen nachzuholen. Ein paar warme Worte von Bietmann für die Mitarbeiter des Zentrums und das haltlose Versprechen der gleichen sozialen Absicherung der Mitarbeiter bei einem freien Träger. Einzig Steinforth versuchte, die Diskussion auf die konkreten Sorgen und Ängste der Nutzer zu richten und diese mit in die Diskussion einzubeziehen. Von diesen Mahnungen unbeeindruckt ignorierte Pachel in seiner gewohnt arroganten Art die Wortmeldungen der anwesenden Senioren und lieferte sich ein wenig amüsanter Wortgeplänkel mit Bietmann. Die Fragen der Menschen blieben offen.

Viele wollten wissen, ob sie weiterhin ohne Verzehrzwang Schach oder Skat im Bürgerzentrum spielen können, ob die Kinderbetreuung bleibt, ob die Räume für Chorproben kostenlos bleiben. Bleiben die vertrauten Mitarbeiter des Bürgerzentrums?

In alle Entscheidungen, die das Bürgerzentrum betreffen, muss ab sofort der Beirat einbezogen werden. MW

**Benchmarking der Bürgerzentren ohne sozialen Bezug**

Die Verwaltung hat auf der letzten Sitzung des AVR eine Mitteilung über die „Entwicklung von Parameter/Kennzahlen für ein Benchmarking in den Bürgerhäusern/Bürgerzentren“ vorgelegt. Das, was die PDS Offene Liste im Rat kritisierte, wird jetzt Realität. Die zehn Kennzahlen zur Untersuchung der Arbeit der Bürgerzentren sind rein leistungsbezogen. Die PDS, aber auch SPD und die Grünen, kritisierten diese Vorgehensweise. Die Verwaltung habe sich diese Kritik notiert, erklärte der Stadtdirektor Winkelhog lapidar. Die PDS fordert, dass der jeweilige soziale Ansatz der Bürgerhäuser in diese Leistungsrechnung einbezogen werden muss, ebenso der stadtteilbezogene Ansatz. So betreibt z.B. das Bürgerhaus Deutz eine umfangreiche Jugendarbeit, in Chorweiler finden Jugend- und Seniorenbetreuung fast ausschließlich in der Regie des Bürgerzentrums statt, ebenso das vielfältige kulturelle Angebot.

jöd

**Steuergelder für Putzfimmel verschwenden?**

Die Ratsmehrheit aus CDU/FDP will per Ratsbeschluss die Verwaltung dazu be-

wegen, ein Konzept „zur Verbesserung der Sauberkeit in Köln“ zu entwickeln. Das Konzept soll letztendlich auf zwei Säulen basieren. Präventiv soll durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit „das Bewusstsein der Bevölkerung für eine saubere Stadt gestärkt werden“. Repressiv sollen zudem die ordnungsbehördlichen Instrumentarien genutzt werden. Dies will heißen, eine Knöllchentruppe soll Verunreinigungen mit Bußgeldern ahnden. Zwischen 20 bis 25 sogenannter Ordnungshelfer sollen dann Verunreinigungen aufspüren. Es ist aufgrund der Personalsituation offensichtlich, dass diese Ordnungshelfer ihre Aufgabe nicht alleine erledigen können. Deshalb wird die Bevölkerung aufgefordert, Verunreinigungen zu melden. Es bleibt abzuwarten, ob die Ratsmehrheit damit ihr Ziel verwirklichen kann. Fest steht, dass die Stadt Köln erheblich drängendere Probleme hat. Ratsmitglied Sengül Senol findet es bestürzend, dass in Zeiten knapper Kassen auf diese Weise Steuergelder ver-  
sen

**Datenschützerin beanstandet Vodafone-Praxis**

Vor einem Vierteljahr wurde publik, dass die Mobilfunkfirma Vodafone D2 an ihre Fachhändler und Partneragenturen eine

„Warnliste“ mit rund 45 „kritischen Kundenanschriften“ weitergereicht und die Adressen Asylsuchenden und Flüchtlingen zugeordnet hat.

Die PDS-Offene Liste wertete diese Praxis als „tolldreisten Versuch, Gewinnsucht und Fremdenfurcht ohne Skrupel auszunutzen“ und Menschen aus sozialen Brennpunkten zu erniedrigen.

Die Bitte der PDS-Gruppe an die Landesbeauftragte für den Datenschutz nach Prüfung und rechtlicher Bewertung wurde jetzt beantwortet. Vodafone D2 habe in einer Stellungnahme eine „unsensible Verhaltensweise“ des Vertriebes eingeräumt, „bedauert“ und zugesichert, diese Praxis umgehend einzustellen.

Die Landesbeauftragte stellte klar, dass es einem Unternehmen zwar freigestellt sei, auch negative Erfahrungen in Bonitätsprüfungen von neuen Kunden einzubeziehen. Weiter heißt es in dem Antwortschreiben:

„Die Kombination der Anschriften mit der Nennung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, wie es in diesem Fall geschehen ist, führt allerdings zu einer Stigmatisierung der betroffenen Personen, die nicht erfolgen darf. Nach den Zusicherungen des Unternehmens gehe ich davon aus, dass Vodafone diese Praxis umgehend eingestellt hat. Ich werde dies in meiner Zuständigkeit überprüfen.“

hum

# Noch sauberes Köln durch Knöllchen?

In Landkreisen gibt es den Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“, an dem sich die Bürger emsig durch Straßefegen, Heckenschneiden und Blumenpflanzen beteiligen.

Die Großstadt Köln muss da natürlich etwas mehr tun. Seit dem Machtwechsel im Rat bei der letzten Kommunalwahl ist in Köln Sauberkeit angesagt. Am einfachsten geht das Auf- und Abräumen natürlich mit großen Dingen, Menschen z.B., die man von der Domplatte putzt wie die „Klagemauer“ oder die Obdachlosen, die man aus der Bahnhofsgegend verjagt, indem man der Bahnhofsmission die Essensausgabe auf dem inzwischen zum kommerzialisierten Gourmettempel avancierten Bahnhofsgelände verbietet.

Aber Dreck bleibt Dreck, nach wie vor schmeißen die Leute ihren Müll neben die Trienekens-Container, auch wenn sie inzwischen noch so hübsch verkleidet sind, häufen sich die Kippen und kleben die Pappbrötchen von McDonalds



in den Ecken. Da nützen auch Ausbau der Stadt-Service-Teams oder die Übergabe der einzelnen Reinigungsbereiche der Innenstadt an nur für diese Gebiete zuständige Reinigungsteams noch nicht sehr viel.

Deshalb gibt es jetzt einen Antrag der CDU/FDP-Mehrheit im Rat für ein „Ordnungsrechtliches Maßnahmenkonzept zur Verbesserung der Sauberkeit in Köln“.

Die etwas zähe Sprache lässt keinen Zweifel über die Absicht aufkommen, zumal es weiter heißt: „Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur verbesserten Anwendung der städtischen ordnungsrechtlichen Instrumentarien zu entwickeln, um gezielter gegen die Verursacher von Verunreinigungen und Verschmutzungen des Kölner Stadtbildes vorzugehen ...“

Und in der Begründung heißt es: „Zwar finden die Aktionen zur Verbesserung der Sauberkeit auf die Unterstützung nahezu der gesamten Bevölkerung (O-Ton CDU-Antrag). Jedoch zeigt sich, dass parallel auch die

ordnungsrechtlichen Instrumentarien ausgeschöpft werden müssen, um den gebotenen Abschreckungseffekt zu erzielen. Ordnungsrechtliche Instrumentarien sind an vielen Stellen im Kölner Stadtrecht vorhanden.“

Konkret: Wer Dreck macht, soll zahlen. Prinzipiell kein schlechter Gedanke. Nur hakt's aus, wenn jetzt Politessen neben dem ruhenden Verkehr noch überprüfen sollen, ob Sperrmüll auf der Straße auf den bestellten Abfuhrwagen wartet oder illegal rumliegt. Oder ob Plakate „wild“ geklebt wurden und nach Meinung der Kölner Außenwerbung somit den Tatbestand des „unlauteren Wettbewerbs“ erfüllen (weil Kleben nur die KAW darf!!!) oder ob Werbetafeln im „öffentlichen Straßenland“ erlaubt oder unerlaubt aufgestellt wurden.

In einem dreimonatigen Pilotprojekt wird jetzt geprüft, ob und wie die neuen Gebührenquellen erschlossen werden können.

Vermutlich wird die Sache ausgehen wie beim illegalen, Knöllchen nach sich ziehenden Pinkeln an Hausmauern und Ecken oder beim Leinenzwang für Hunde auf Liegewiesen. Also wie immer in Köln: „Et kütt wie et kütt, et is wie et is – und et hätt noch immer jot jeje.“

hum

## Gestiegene Arbeitslosigkeit in den sozialen Brennpunkten

Der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses lag ein Bericht über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation vor. Zur Arbeitslosigkeit in den Kölner Stadtteilen heißt es dort u.a.:

„... nach den erfreulichen Rückgängen der Arbeitslosigkeit seit 1997 hat sich die Lage im Kölner Arbeitsmarkt zum Jahresende 2001 gegenüber dem Vorjahr wieder verschlechtert, wobei die Kölner Stadtteile nach wie vor unterschiedlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Die Arbeitslosigkeit stieg vor allem in jenen Stadtteilen, die schon vorher von einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit betroffen waren. Dabei ist die Arbeitslosigkeit in den Stadtteilen Porz (+7,2%), Mülheim (+5,3%), Buchheim (+4,4%), Buchforst (+4,3% und Vingst (+4,1%) im Vergleich zum Vorjahr nochmals deutlich gestiegen. Die gesamtstädtische Arbeitslosigkeit hat im gleichen Zeitraum lediglich um 0,2 Prozent zugenommen ...

Bei der Betrachtung der Struktur der Arbeitslosen in den jeweiligen Stadtteilen ist bei den arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren in Vingst (+33,8%), Buchforst (+30%), Neubrück (25,6%), Seeberg (+25%), Mülheim (+22,3%) sowie Ostheim

und Höhenberg (jeweils +20,6%) eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit erkennbar.“ jöd

## Hetzveranstaltung am 29. Juni vor dem Aus?

Das Verwaltungsgericht Köln hat die Nichtvergabe des Heumarktes durch die Stadtverwaltung an Manfred Rouhs, den Herausgeber der rechtsextremen Zeitung „Signal“, jetzt bestätigt. Rouhs will am 29. Juni in Köln ein großes „Pressefest“ für seine Zeitung veranstalten.

Das Urteil ist ein gutes Ergebnis der vielfältigen Bestrebungen im Kampf gegen den Rechtsextremismus in Köln. Die PDS-Offene Liste befürchtet, dass Rouhs jetzt versucht, eine Gaststätte anzumieten.

Das Kölner Aktionsbündnis „Köln stellt sich quer“ steht mit dem Hotel- und Gaststättenverband NRW in enger Verbindung. Der Verband hat die Mitgliedsunternehmen sofort unterrichtet. Die Nazis täuschen sehr oft Gastwirte über ihre wahren Ziele.

Unter dem Motto „Heißer Sommer gegen Nazis“ mobilisiert ein Aktionsbündnis gegen einen Naziaufmarsch in Köln und Umgebung. jöd  
**29 Juni: Treffpunkt 12 Uhr, Sudermannplatz, Nähe Ebertplatz.**

## Will die FDP Totensonntag abschaffen?

So könnte man meinen, wenn man die Stimmungsmache der Spass-Partei gegen die Verlegung der Weihnachtsmarkt-Eröffnung vom 23. November auf den 25. November so mitbekommt. Auf der letzten Ratssitzung hatte OB Schramma auf Anfrage der PDS-Offenen Liste mitgeteilt, dass diese Entscheidung so gefallen sei.

Der Katholikenausschuss hatte bereits vor einem Jahr um eine Verlegung gebeten, damit der Totensonntag (24. November) in Ruhe begangen werden könne. Die PDS fordert, dass die Eröffnung des Weihnachtsmarktes generell am 1. Dezember sein sollte. So wird z.B. mit dem Nürnberger Christelmarkt verfahren.

Die Verlegung der Eröffnung vom 23. auf den 25. November könnte ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Deshalb ist die FDP auf den Koalitionspartner CDU sauer. Die Partei will auf jeden Fall „Spaß haben“ und die Läden auch an Sonn- und Feiertagen rund um die Uhr öffnen. Ein diesbezüglicher Antrag im Landtag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. jöd

**Termin ... Termin ... Termin ...  
Stadtteiltreffen Nippes 25. Juni,  
19.30 Uhr, Nippeser Rathaus,  
Neusser Straße 450, Raum 209.**